

Quelle: sz-online/Sächsische Zeitung
Mittwoch, 28. Dezember 2011

DGB fordert Maßnahmen gegen Lohndumping in Sachsen

Dresden. Der DGB hat ein neues Vergabegesetz für Sachsen gefordert. „Darin muss festgeschrieben werden, dass öffentliche Aufträge nur an solche Unternehmen gehen, die auch Tariflöhne zahlen“, sagte DGB-Chefin Iris Kloppich.

„Wir müssen davon wegkommen, dass der Freistaat ein Niedriglohnland ist.“ Noch in diesem Jahr sei die Stadt Görlitz mit dem Argument des geringen Lohnniveaus sogar auf Investorensuche gegangen. „Es ist nötig, dass Sachsen umsteuert und nicht auf Niedriglöhne, sondern auf Tariflöhne setzt“, forderte Kloppich.

Das Vergabegesetz soll nach dem Willen des DGB die Einhaltung von Tariflöhnen, mindestens aber die Zahlung von 8,50 Euro Stundenlohn als Voraussetzung für Aufträge der öffentlichen Hand festschreiben. Im bisher geltenden Vergabegesetz gibt es eine solche Klausel nicht. Die SPD, die von 2004 bis 2009 in der Regierung saß, war seinerzeit mit dem Vorschlag einer entsprechenden Novelle am Koalitionspartner CDU gescheitert. Inzwischen regiert die Union mit der FDP, die mit Sven Morlok den Wirtschaftsminister stellt.

Dass ein neues Vergabegesetz nicht unbedingt eine Frage des Parteibuchs sein muss, zeigt Sachsens Nachbarland Sachsen-Anhalt. Dort erklärte Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) gegenüber der dpa: „Das Vergabegesetz ist kein exklusives SPD-Thema, wie es oft den Anschein hat. Selbst wenn wir mit einer absoluten Mehrheit regieren könnten, was der Wähler nicht zugelassen hat, würde es ein Vergabegesetz geben.“

Als Vorbild für die Neuregelung in Sachsen-Anhalt gilt eine Vorschrift im ebenfalls von CDU und SPD regierten Thüringen. Dort ist seit Mai 2011 ein Vergabegesetz in Kraft, das den an öffentlichen Aufträgen interessierten Firmen die Abgabe einer „Eigenerklärung zur Tariftreue und Entgeltgleichheit“ abverlangt. (dpa)

Artikel-URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2947687>